**Zusammenstellung
der eingegangenen Anfragen für die
Fragestunde der 6. Kreistagssitzung
am 03. März 2020
- TOP 15 -**

1. Anfrage von Herrn Klaus Stöber vom 20.02.2020:

„Der Wartburgkreis soll nach § 2 Satz 1 des Thüringer Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Migranten (Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz - ThürFlüAG) u. a. Asylbewerber und -berechtigte in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften unterbringen, wobei auch Einzelunterkünfte in Abweichung von der Regelvorschrift des § 2 Abs. 1 Satz 1 ThürFlüAG zulässig sind. Zu Asylbewerbern und -berechtigten, die vom Wartburgkreis unterzubringen sind, zählen auch unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA). Wie durch die Aussage von Herrn Zweiten Beigeordneten Rosenstengel in der vorletzten Kreistagsitzung bekannt wurde, befanden sich im Jahr 2019 lediglich acht UMA in Obhut des Jugendamtes WAK. Dafür war im Einzelplan 4 des Verwaltungshaushaltes der Haushaltssatzung des Wartburgkreises für das Haushaltsjahr 2019 ein Betrag i. H. v. 3.024.700,00 € an Ausgaben vorgesehen. Dieser Betrag erscheint im Hinblick auf die genannten Fallzahlen unschlüssig.

Namens der Mitglieder der AfD-Fraktion im Kreistag des Wartburgkreises frage ich den Landrat:

1. Wurde im Haushaltsjahr 2019, wie in der Haushaltssatzung ausgewiesen, für insgesamt acht UMA der Betrag i. H. v. 3.024.700,00 € durch den Freistaat Thüringen erstattet?
2. Wie hoch waren die konkreten Fallzahlen an UMA und die Ausgaben hierfür im Haushaltsjahr 2019?
3. Wie hoch beliefen sich die dem Wartburgkreis entstandenen Ausgaben für einen UMA (pro Kopf) in den Haushaltsjahren 2016, 2017 und 2018?
4. Welche Fallzahlen an UMA liegen bei der Veranschlagung von Ausgaben unter der Haushaltsstelle 45840 im Einzelplan 4 des Verwaltungshaushaltes der Haushaltssatzung des Wartburgkreises für das aktuelle Haushaltsjahr 2020 zugrunde?“

2. Anfrage von Herrn Christoph Walter vom 20.02.2020:

„Der Wartburgkreis fördert in Zusammenarbeit mit dem Begleitausschuss im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ und dem Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „Denk Bunt“-Projekte mit der Zielstellung, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten unter Beachtung von konkreten Problemlagen und Bedürfnissen auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene zu unterstützen.

Namens der Mitglieder der AfD-Fraktion im Kreistag des Wartburgkreises frage ich den Landrat:

1. Wie ist die rechtliche Organisationsform von „Denk Bunt im Wartburgkreis“ und wer ist/ sind dessen vertretungsberechtigte Person/en?
2. Wer ist für die Herausgabe von Werbebannern/Demobannern/Plakaten von "Denk bunt im Wartburgkreis" verantwortlich?
3. Aus welchem Grund beteiligt sich „Denk Bunt im Wartburgkreis“ an Demonstrationen gegen Veranstaltungen der AfD Thüringen und ihrer Mandatsträger und wie steht der Wartburgkreis als Zuwendungsgeber von "Denk bunt im Wartburgkreis" im Hinblick auf das ihm obliegende politische Neutralitätsgebot dazu?

4. Wer ist für das Ausbringen von Plakaten und Transparenten von "Denk bunt im Wartburgkreis" anlässlich von Gegendemonstrationen bei Veranstaltungen der AfD Thüringen am 8.10.2019 in Bad Salzungen auf dem Marktplatz und am 2.07.2019 in Dermbach an der Schlosshalle verantwortlich und wie steht der Wartburgkreis als Zuwendungsgeber von "Denk bunt im Wartburgkreis" im Hinblick auf das ihm obliegende politische Neutralitätsgebot dazu?"

3. Anfrage von Herrn Dr. Gerald Slotosch vom 23.02.2020:

„Im Haushaltsplan 2020 für den Wartburgkreis sind die Mittel für die Erstattung an Gemeinden für die Sportstättenmitbenutzung (Schulsport in Gemeinde-Sporteinrichtungen) deutlich niedriger als im Vorjahr angesetzt: HHST 2.20.2000.1.67200 im Jahr 2020: 167.000 EUR, im Jahr 2019: 310.600 EUR.

Grundlage für diese Senkung ist, dass die Kreisverwaltung bei der Einbringung die konkurrierende Gesetzgebung zwischen Schulfinanzierungsgesetz (mit Erstattung von Betriebskosten laut Vertrag durch den Schulträger an die Gemeinde - § 3 Abs. 1 u. Abs. 2 Nr. 1 Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003) und Sportförderungsgesetz (pauschale Erstattung an Kommune - § 15 Abs. 2 Thüringer Sportförderungsgesetz (ThürSportFG) vom 5. Dezember 2018) abgewogen und zugunsten des Schulträgers die Regelungen des ThürSportFG angewendet hat. Das Nähere dazu sollte in einer Verordnung des für Sport zuständigen Ministeriums geregelt werden (§ 15 Abs. 3 ThürSportFG). Diese liegt bis dato nicht vor.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan 2020 heißt es dazu: „Ob die Pauschalzuweisungen an den Landkreis (Anmerkung: Erläuterungen hierzu erfolgen im Einzelplan 5) ausreichen werden, die Einnahmeausfälle der Gemeinden zu kompensieren, darf bezweifelt werden, sodass kreisindividuelle Regelungen die Folge sein werden.“ Im Einzelplan 5 heißt es dann: „Sobald konkrete Informationen vorliegen, sind hier für den Landkreis die konkreten Auswirkungen zu erfassen und eine Umsetzungsentscheidung zu treffen.“

Die Hinweise auf geltende Verträge und auf die Gefahr einer nichtauskömmlichen Finanzierung des Schulsportes und damit auch die mögliche Benachteiligung von kreisangehörigen Gemeinden mit eigenen Sporteinrichtungen, die für Schulsport zur Verfügung gestellt werden, wurden in der Haushaltsdiskussion vorgebracht, aber nicht berücksichtigt.

Fragen:

1. Was spricht aus der rechtlichen Prüfung der konkurrierenden Gesetzgebung für die Anwendung des Thüringer Sportförderungsgesetzes?
2. Warum wartet die Kreisverwaltung nicht ab, bis das für Sport zuständige Ministerium in der zu erwartenden Verordnung dazu die Regelungen trifft?
3. Wie gehen damit die betroffenen Gemeinden um?"